

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat kaum begonnen und schon ist es wieder in vollem Gang. Hinter mir liegen bereits eine Ausschusswoche und eine Plenarwoche in Straßburg sowie zahlreiche Veranstaltungen im Wahlkreis. Ich blicke voll Spannung auf das neue politische Jahr in Europa und voller Sorge in die Ukraine. Gewaltige Aufgaben und Herausforderungen stehen auf europäischer und internationaler Ebene vor uns. Die ersten Impulse hat das EU-Parlament bereits gesetzt. Im ersten Newsletter des Jahres informiere ich Sie darüber wieder in gewohnter Weise.



Der Korruptionsskandal Kaili ist und bleibt ein Skandal der Sozialisten. Umso bedauerlicher ist es, wenn nun für alle nicht nur schärfere Regeln diskutiert, sondern umgesetzt werden sollen. Das Europaparlament ist im Vergleich das Parlament mit der höchsten Transparenz. Aber wenn Geldkoffer, wie in diesem Fall, von dubiosen NGOs übergeben werden, helfen die besten Gesetze nichts. Gerade Transparency International spielt sich als seriöse NGO immer wieder in den Vordergrund. Wir dürfen nicht locker lassen, dass alle NGOs ihre Geldgeber lückenlos veröffentlichen. Deshalb kämpfen wir auch für ein NGO-Gesetz. Wir sollen Lobby-Gespräche dokumentieren. Und in Brüssel und Berlin sitzt Greenpeace am Kabinetts-Tisch. Das schreit zum Himmel!

Gestern hat sie wieder ihre Tore geöffnet: Die Grüne Woche in Berlin. Sie ist die internationale Leitmesse für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau und das Highlight Anfang des Jahres im Terminkalender jedes Agrar- und Ernährungspolitikers. Auch in diesem Jahr ist ein Besuch der Messe für mich von besonderer Bedeutung. Denn die Ampel-Koalitionäre befinden sich gerade bei zahlreichen agrarpolitischen Themen auf dem Holzweg. Umso wichtiger ist es deshalb, die Interessen Bayerns und unserer Landwirtinnen und Landwirte auf internationaler Plattform zu vertreten und ihnen eine Stimme zu geben. Wir dürfen nicht denen das Feld überlassen, die weniger statt mehr Landwirtschaft in diesen Zeiten fordern.

Auf meinem Instagram-Kanal nehme ich Sie mit nach Berlin.
Folgen Sie mir unter [marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Ich wünsche Ihnen nun eine interessante Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Schwedische Ratspräsidentschaft

Der schwedische Ministerpräsident Ulf Kristersson hat in dieser Woche in Straßburg die Prioritäten der schwedischen Ratspräsidentschaft im Plenum vorgestellt. In seiner Rede betonte Kristersson, dass sich sein Land in den kommenden sechs Monaten besonders um die Sicherheit Europas kümmern wolle. Hierfür müsse Europa die durch den russischen Angriffskrieg zerstörte Ukraine weiter unterstützen, so der Schwede. „Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass die Ukraine siegt und dass ihre Zukunft in der EU liegt“, sagte Kristersson.

Die schwedische Ratspräsidentschaft will sich bis zur Jahresmitte auch um eine gemeinsame und kohärente Migrationspolitik bemühen sowie den Schutz vor dem organisierten Verbrechen in den Fokus rücken. Mit der aktiven Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit steht ein weiteres wichtiges Thema auf der schwedischen Agenda. Für CDU/CSU setzt Kristersson damit die richtigen Prioritäten. Dies gilt besonders im Hinblick auf den andauernden Krieg in der Ukraine, die hohen Energiepreisen und den zunehmenden Wettbewerbsdruck aus den USA.

Noch bis Ende Juni wird Schweden am EU-Ruder sitzen, bevor Spanien dann am 1. Juli diese Aufgabe übernehmen wird.

Schwedische Ratspräsidentschaft: Wettbewerbsfähige Landwirtschaft im Fokus

Am 1. Januar übernahm Schweden den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Schweden setzt die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union ganz oben mit auf die Agenda. Dieses Ziel muss insbesondere auch für die Landwirtschaft gelten. Wettbewerbsfähigkeit heißt für mich, das richtige Gleichgewicht zwischen Marktwirtschaft, sozialer Fairness und ökologischer Verantwortung herzustellen. Ich erwarte von der schwedischen Ratspräsidentschaft einen starken Schub in diese Richtung. Wenn wir unseren Praktikerinnen und Praktikern vor Ort auf Augenhöhe begegnen, erhöht das die Akzeptanz für die europäische Agrarpolitik immens.

Lesen Sie [hier](#) meine vollständige Pressemeldung zur schwedischen Ratspräsidentschaft.

Meine Plenarrede: Preisinflation bei Lebensmitteln in Europa

Seit Monaten erleben wir einen kontinuierlichen Anstieg der Lebensmittelpreise. Nahrungsmittel sind zwischen November 2021 und November 2022 im Durchschnitt über 21 Prozent teurer geworden.

Der Krieg gegen die Ukraine hat die Lage weltweit verschärft: China hortet 50 Prozent der globalen Weizenbestände, Indien stoppt den Export ganz. International agierende Unternehmen machen riesige Umsätze und gute Gewinne!

Hersteller und Handel streiten sich über Preise, versteckte Preiserhöhungen und Lebensmittelspekulation lassen Geringverdiener und Landwirte auf der Strecke. Die Kommission muss jetzt aktiv werden! Was ich noch von der EU-Kommission erwarte, können Sie in meiner vollständigen kurzen [Plenarrede](#) mit Fragen an die Kommission anschauen.

30 Jahre EU Binnenmarkt

Zum 30-jährigen Jubiläum der Gründung des Europäischen Binnenmarktes erklärt Andreas Schwab (CDU), binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Der EU-Binnenmarkt ist eine echte Erfolgsgeschichte: Den nationale Vorschriften-Dschungel hat der Binnenmarkt mit europäischen Produktvorschriften gelichtet und dabei gleichsam die Verbraucherrechte für alle gestärkt. Darum ist die EU heute der größte Binnenmarkt der Welt.

Nur dank dieser geeinten Wirtschaftskraft können die EU-Mitgliedsstaaten globale Standards setzen. Das gilt insbesondere für das Digitale: Sowohl beim Datenschutz als auch der Vertrauenswürdigkeit und Fairness bei digitalen Plattformen wie Facebook oder TikTok leistet die EU weltweit Pionierarbeit.

Die Covid-Krise und Russlands Krieg gegen die Ukraine haben allerdings auch Schwachstellen aufgezeigt. Der Binnenmarkt und die EU als Ganzes müssen krisenfest gemacht werden. Durch einheitliche Kriseninstrumente und integrierte Märkte, z.B. für Energie, wird sichergestellt, dass alle Mitgliedsstaaten resilienter gegenüber Handelsschocks oder Versuchen handelspolitischer Einflussnahme werden. Nur geeint kann die EU zukünftig ihre Souveränität und Werte verteidigen, insbesondere im Wettstreit zwischen China und den USA. Das wird die zentrale Aufgabe in diesem Jahr sein.“

Hintergrund:

Am 1.1.2023 jährte sich der 30. Jahrestag der Gründung des EU-Binnenmarktes. Das europäische Parlament begeht dieses Jubiläum mit einer festlichen Zeremonie sowie der Verabschiedung einer Entschließung. Der Europäische Binnenmarkt wurde am 1. Januar 1993 geschaffen und ermöglicht den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital innerhalb der Europäischen Union. Mit rund 440 Millionen Verbrauchern und 24 Millionen Unternehmen sowie einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von rund 14 Billionen Euro gehört der Europäische Binnenmarkt zu den größten Volkswirtschaften der Welt.

Die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der EU

Das Europäische Parlament hat über die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas debattiert. Dazu erklärt **Christian Ehler** (CDU), industriepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Endlich sprechen wir von der industriellen Wettbewerbsfähigkeit. Die aktuelle Herausforderung durch den amerikanischen "Inflation Reduction Act" beweist, dass der regulatorische Ansatz von Timmermans Green Deal an Grenzen stößt.

Allein die Ankündigung eines Green-Deal-Industrieplans zeigt, dass die Kommission bislang keinen Plan hatte, um der Industrie in der von Fit for 55 angestoßenen Übergangsphase zu helfen.

Die wirkliche Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ist nicht die US-Politik, sondern die Abwesenheit eines "Deals" im Rahmen des "Green Deals". Europa muss jetzt schnell und entschlossen handeln - nicht gegen unsere transatlantischen Partner, sondern mit ihnen.“

Änderung Medizinprodukteverordnung

Die Europäische Kommission hat Anfang Januar Änderungen der Medizinprodukteverordnung vorgeschlagen. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europaparlament:

„Unser monatelanger Druck auf die Kommission, das Problem der sinkenden Verfügbarkeit von Medizinprodukten anzugehen, ist endlich erfolgreich. Ich freue mich, dass die Kommission nach Monaten des intensiven Drängens von Abgeordneten des Europäischen Parlaments endlich einen Vorschlag für die Änderung der Medizinprodukteverordnung vorlegt, der nicht nur eine Fristverlängerung für die Re-Zertifizierung von Medizinprodukten vorsieht, sondern auch eine längere Gültigkeit bereits vergebener Zertifikate. Die Änderung der Medizinprodukteverordnung ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Patientensicherheit in der EU. Wir im Europäischen Parlament müssen nun alles daransetzen, dass der Vorschlag der Kommission zügig durchberaten wird. Die Versorgung mit Medizinprodukten sicherzustellen und Betriebe zu entlasten ist das Gebot der Stunde.“

Hintergrund:

Künftig sollen Medizinproduktehersteller ihre Medizinprodukte je nach Produktkategorie bis zum Jahr 2026, 2027 oder 2028 unter der 2017 in Kraft getretenen Medizinprodukteverordnung re-zertifizieren dürfen. Zudem soll die Laufzeit der unter der vorherigen Regelung (Medizinprodukterichtlinie) vergebenen Zertifikate entsprechend der neuen Übergangsfristen verlängert werden. Zuvor hatten Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser, Medizinproduktehersteller und Abgeordnete des Europäischen Parlaments aufgrund der sinkenden Verfügbarkeit von Medizinprodukten Alarm geschlagen.

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Am Mittwoch hat das Europäische Parlament den Jahresbericht über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union angenommen. Dazu erklärt **David McAllister (CDU)**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und Berichterstatter für das Dossier:

„In seiner imperialen Besessenheit hat Putin internationales Recht gebrochen und Landraub begangen. Die Ukraine benötigt dringend Waffen und Gerät, um die russischen Invasoren zurückzudrängen. Der Druck auf die deutsche Bundesregierung, die Lieferungen von Leopard-2-Panzern endlich zuzulassen, wächst auch in Europa. Das Europäische Parlament hat sich bereits am 6. Oktober 2022 für die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine ausgesprochen. Die Forderung wurde heute wiederholt.“

Auf den russischen Angriffskrieg hat die Europäische Union zwar grundsätzlich so vereint und entschlossen reagiert, wie man es selten zuvor gesehen hat. Auf eine derartige ad-hoc Mobilisierung können wir uns jedoch nicht immer verlassen. Deswegen gilt es unter anderem, Entscheidungsfindungsprozesse effektiver zu gestalten. Einstimmigkeit zwingt die EU-27 zwar, sich unermüdlich um Einigkeit zu bemühen, hindert aber gleichzeitig eine schnelle Reaktion. Der Kompromiss zwischen dem Ideal der Einheit und den hohen Kosten der Einstimmigkeit muss kritischer hinterfragt werden. Es wäre nun geboten, bei Entscheidungen, die keine direkten militärischen oder verteidigungspolitischen Konsequenzen ha-

ben wie beispielsweise Sanktionen, schrittweise zu Abstimmungen per qualifizierter Mehrheit überzugehen. Dafür bedürfte es nicht einmal einer Änderung der Verträge, sondern lediglich einer Aktivierung der in den Verträgen enthaltenen Passerelle-Klausel.

Der Bericht legt außerdem dar, wie das bisweilen abstrakte Konzept der strategischen Autonomie sicherheitspolitisch in der Praxis umgesetzt werden kann. Dazu gehört in erster Linie die zügige Umsetzung des Strategischen Kompasses. Er koordiniert die bereits auf den Weg gebrachten verteidigungspolitischen Initiativen und erzeugt eine Dynamik, in der eine echte Europäische Verteidigungsunion vollendet werden kann.

Eine effektivere Außenpolitik muss aber nicht nur mit einer stärkeren Sicherheitspolitik einhergehen, sondern erfordert auch, dass wir bestehende Partnerschaften investieren. Durch die parlamentarische Diplomatie hat sich das Europäische Parlament seit 1993 als ein außenpolitisch einflussreicher Akteur profiliert und immer wieder stärkere Instrumente gefordert. Nur so können wir Klarheit nach innen geben und die EU zu einem verlässlichen Partner nach außen machen.“

Zusammenarbeit NATO und EU

Zur dritten gemeinsamen Erklärung der Europäischen Union und der NATO erklären:

David McAllister (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Die Kooperation von NATO und EU ist noch lange nicht so eng wie sie sein könnte und sollte. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Europa auf die härteste Probe seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gestellt. Dieser Bedrohung können wir nur im gemeinsamen Verbund von EU und NATO begegnen. Nach längerer Ankündigung haben nun Spitzenvertreter beider Seiten heute endlich einen neuen Anlauf genommen, um die Ziele und Prioritäten der beiden Institutionen enger aufeinander abzustimmen. In dieser dritten gemeinsamen Erklärung der EU und der NATO geht es primär um Russland und die gemeinsame Unterstützung der Ukraine - erstmals aber auch um China.

Das transatlantische Verteidigungsbündnis und Artikel 5 des Nordatlantikvertrags sind und bleiben das unverzichtbare Fundament der kollektiven Verteidigung ihrer Mitglieder. Trotzdem gilt es, eine sicherheits- und verteidigungspolitisch robustere EU zu entwickeln, die einen erheblichen Mehrwert für die NATO bietet.

Die gemeinsame Erklärung sollte nun unverzüglich von einem Fahrplan mit konkreten Vorschlägen für die Zusammenarbeit in den bisher 47 Projekten von gemeinsamem Interesse ergänzt werden. Dabei gilt: Jede Organisation macht das, was sie am besten kann. Nichts darf doppelt gemacht werden und nichts unerledigt bleiben. Transatlantisch bleiben, europäischer werden - das ist der richtige Weg.“

Michael Gahler (CDU), außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Aufbauend auf den vorherigen Erklärungen von 2016 und 2018 legt die Erklärung Grundlagen für eine Ausweitung der Zusammenarbeit in Bereichen wie Cyberverteidigung, Bekämpfung von Desinformation, im Umgang mit den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels, dem Schutz kritischer Infrastruktur sowie die Verbesserung der "Militärischen

Mobilität" zur Steigerung der Verlegefähigkeit von Streitkräften in Europa. Gerade letzteres gilt es in der aktuellen Lage ambitioniert und konsequent voranzutreiben. Hier vermag eine enge Zusammenarbeit zwischen EU und NATO einen substanziellen Mehrwert für die transatlantische Sicherheit zu erzielen.

Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sendet die gemeinsame Erklärung auch ein wichtiges Signal der transatlantischen Solidarität und demonstriert die ungebrochene Einheit der Allianz in dieser historischen Ausnahmesituation. Die enge Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und ihren engsten militärischen Verbündeten, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und dem Vereinigten Königreich hat sichergestellt, dass der Kreml die Ziele seiner verbrecherischen Aggression bisher nicht erreichen konnte.“

Chef der chinesischen Social Media Plattform „TikTok“ zu Gast in Brüssel

Anlässlich des Besuches des CEO's von TikTok, Shou Zi Chew in Brüssel sagt **Andreas Schwab** (CDU), binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament:

„Es gibt viel Gesprächsbedarf zu TikToks Plänen, Europas neue Digitalgesetze umzusetzen. Als eine führende Social Media Plattform muss TikTok endlich erklären, wie es in Zukunft europäische Nutzer besser schützen wird und sicherstellen will, dass Nutzerdaten in Europa sicher sind und faire Zugangsbedingungen gewährleistet werden. Der Besuch von Herrn Chew kommt zur richtigen Zeit, um Antworten zu geben auf die vielen Berichte zu TikToks fragwürdige Geschäftspraktiken bspw. bei der Content-Moderation sowie über den Zugriff in China ansässiger Ingenieure auf nicht-chinesische Nutzerdaten.“

Hintergrund:

Seit Herbst 2022 sind die Gesetze über digitale Märkte und digitale Dienste in Kraft, die nach TikToks rasantem Wachstum voraussichtlich ebenfalls auf die Plattform anzuwenden sind. TikTok stand jüngst immer wieder in der Kritik, bspw. nachdem bekannt wurde, dass Mitarbeiter des chinesischen Mutterkonzern ByteDance auf Standortdaten von Journalisten der Financial Times zugegriffen haben.

Nachfolger für Eva Kaili gewählt

Der Luxemburger Marc Angel ist neuer Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Der Sozialdemokrat ist damit Nachfolger der Griechin Eva Kaili, die im vergangenen Monat im Zuge des Korruptionsskandals um Katar und Marokko des Amtes enthoben wurde. Angel setzte sich im zweiten Wahlgang der geheimen Abstimmung gegen die französische Grüne Gwendoline Delbos-Corfield und die italienische Rechtspopulistin Annalisa Tardino durch. Damit folgt auf eine Sozialdemokratin ein Sozialdemokrat, der damit einer der vierzehn Stellvertreter von Parlamentspräsidentin Roberta Metsola wird. Die Parlamentsvizepräsidenten haben neben repräsentativen und organisatorischen Funktionen auch repräsentative Aufgaben. CDU/CSU und die EVP-Fraktion haben für Marc Angel gestimmt, denn auch wenn der Korruptionsskandal außersächlich sozialdemokratische Abgeordnete und deren Umfeld betrifft, entspräche eine Sippenhaft nicht unserem Menschenbild. Marc Angel hat sich bislang als integrier Abgeordneter präsentiert und wir sind hoffnungsvoll, dass er sein neues Amt vernünftig und angemessen ausüben wird.

Gleichzeitig geht die Aufarbeitung des Korruptionsskandals weiter. Präsidentin Roberta Metsola hat Vorschläge zur Überarbeitung der internen Regeln hinsichtlich Transparenz und Arbeitsweise präsentiert. CDU und CSU setzen sich dabei für mehr Transparenz auch für Nichtregierungsorganisationen und vor allem effektive Sanktionen bei Fehlverhalten ein. Wie in Deutschland sollten künftig Kürzungen oder sogar Streichungen der Pensionsansprüche von Europaabgeordneten möglich sein, wenn diese strafrechtlich verurteilt werden. Unverständlicherweise stößt genau dieser Punkt bislang leider auf Gegenwehr der anderen Fraktionen. Der Reformprozess wird noch einige Monate dauern.

Mein Mittelfranken

90 Jahre und kein bisschen leise - Ein Urgestein des Allersberger Faschings feierte Geburtstag

Willy Bittner ist ein wahrer Glücksfall für den Markt Allersberg und unsere Region. Bekannt und beliebt ist das Multitalent aber weit über die Grenzen seiner Heimatgemeinde hinaus. Der Seniorchef der Baumschule Bittner war über 40 Jahre Präsident des Allersberger Faschingskomitees und mit seinem Engagement ein herausragender Förderer des Fastnachtbrauchtums. Er ist ein unermüdlicher Motivator, Moderator und Ideengeber in vielerlei Hinsicht. Wenn es darum ging, sich einzusetzen, mitzumachen und mitzugestalten, hat Willy nie gezögert. Für ihn war gesellschaftliches und soziales Engagement immer eine Selbstverständlichkeit.



Nicht selbstverständlich, aber ein großes Glück war es, dass seine Frau Marlene und seine Familie ihn dabei stets unterstützt haben. Zahlreiche Auszeichnungen würdigen sein beispielhaftes Wirken und seine außergewöhnliche Lebensleistung. Mit Willy Bittner verbindet mich eine lange Freundschaft. Er ist für mich ein Vorbild an Tatkraft und Gestaltungswillen, ohne das Menschliche außen vor zu lassen. Und sollte Willy Bittner Ihnen einmal zurufen, komm her, mein „Scheißerla“, dann ist das nicht despektierlich gemeint. Es ist Ausdruck innigster Zuneigung.

In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch und bleib so wie Du bist, lieber Willy!

Zu Gast beim Rinderzuchtverband Franken und dem Milcherzeugerring Mfr.

Traditionell findet die Jahreshauptversammlung des Rinderzuchtverbandes Franken e.V. und des Milcherzeugerringes Mittelfranken e.V. am Dreikönigstag in Triesdorf statt. Als



Agrarpolitikerin und ehemalige Bäuerin eines Milchviehbetriebs bin ich der Tierhaltung und der Viehzucht seit Jahrzehnten sehr eng verbunden und damit der Einladung gerne gefolgt. Das habe ich auch in meinem Grußwort erwidert.

Unsere Tierhalterinnen und Tierhalter erzeugen qualitativ hochwertigste Nahrungsmittel und Rohstoffe für uns Verbraucher. Sie tragen zum wirtschaftlichen Erfolg unserer ländlichen Räume bei und pflegen die bayerisch-fränkische Kulturlandschaft.

Dabei stecken sie viel Know-how und Herzblut in ihre Rinder und Betriebe. Denn Tiere zu halten, bedeutet 365 Tage im Jahr und, wenn es sein muss 24/7, im Einsatz zu sein. Das

braucht Passion. Davon konnte ich mich in Triesdorf bei den engagierten Vereinsmitgliedern wieder einmal überzeugen.

Bild: v.l. Mathias Rottler Vorsitzender MER Mfr, BBV-Präsident Günther Felßner & Vorsitzender RZV-Franken Lothar Ehehalt

Zu Besuch bei Bisping & Bisping

In meiner Heimat gibt es zahlreiche großartige Betriebe und echte Hidden Champions. Eines davon ist das IT-Kommunikationsunternehmen Bisping & Bisping aus Lauf. Jüngst ausgezeichnet für sein hochmodernes und sicheres Rechenzentrum.



Gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten, Ralph Edelhäuser (h.l.) und der Zweiten Bürgermeisterin von Lauf (2 v.r.), Nina Bezold, habe ich den Geschäftsführer Johannes Bisping (Mitte) und Martin Dorn (r.) getroffen.

Darüber haben wir gesprochen: Digitalisierung, Breitbandausbau, Fachkräftemangel, Bürokratie. Wie gut wir auf die Herausforderungen dieser Top-Themen reagieren, wird über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Wir brauchen hier einen engen Schulterschluss aller politischen Ebenen: Kommune, Land, Bund, Europa.

Vielen Dank an Johannes Bisping für die spannenden Einblicke. Er ist nicht nur Firmenchef, sondern auch Vizepräsident der IHK Nürnberg für Mittelfranken, Vorsitzender des IHK-Gremiums Lauf sowie Vertreter der Region im bundesweiten DIHK-Ausschuss Informations- und Kommunikationstechnologie.

Herzensangelegenheiten

Leitantrag CSU Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft, Forsten: Positionspapier Wolf - Balanceakt zwischen Schutz des Menschen und der Tiere und dem Artenschutz

Seit einigen Jahren ist der Wolf in Deutschland auf dem Vormarsch. So haben sich längst stabile Bestände von territorialen Einzeltieren, von Paaren und von Rudeln gebildet. Die jährliche Zuwachsrate der Wolfspopulationen beträgt 30%. Durch die stetig wachsende Anzahl an Wölfen steigen auch die Angriffe und Risse von Nutztieren immer weiter an. Immer mehr Landwirte stehen vor der Frage, die Alpwirtschaft und die Freilandhaltung ganz einzustellen oder die Weidezeit deutlich zu verkürzen! Dadurch kommen ökologische, ökonomische und soziale Belange aus dem Gleichgewicht. Deshalb wollen und müssen wir dem Schutz von Wolf, Weidetier, sowie den Bedürfnissen der Menschen gleichermaßen Rechnung tragen!

- Wir fordern ein aktives Wolfsbestandsmanagement! Wir fordern die Bundesregierung auf diesem Weg mitzugehen und bei der EU-Kommission einen entsprechenden Antrag zu stellen!
- Wir fordern unbürokratische Regelungen zur Wolfsentnahme!
- Wir fordern eine klare Definition nicht zumutbar zäunbarer Gebiete!
- Wir fordern die vollumfängliche Förderung von Herdenschutz!

Lesen Sie [hier](#) den ausführlichen Leitantrag der CSU-Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft, Forsten.

Europäische Jugendkarlspreis - Aufruf zur Bewerbung bis 2. Februar

Der Europäische Jugendkarlspreis wird an Projekte junger Menschen verliehen, die die europäische und internationale Verständigung fördern. Mit dem Preis wird die tagtägliche Arbeit junger Menschen in ganz Europa zur Stärkung der europäischen Demokratie gewürdigt und ihre aktive Beteiligung an der Gestaltung der Zukunft Europas gefördert.

Der Preis wird gemeinsam vom Europäischen Parlament und der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen verliehen. Der Preis für das beste Projekt beträgt 7500 Euro, der zweite Preis ist mit 5000 Euro und der dritte Preis mit 2500 Euro dotiert. Im Rahmen des Preises werden die drei Preisträgerinnen und Preisträger zu einem Besuch ins Europäische Parlament (nach Brüssel oder Straßburg) eingeladen. Sie erhalten außerdem Unterstützung zur Weiterentwicklung ihrer Initiative. Die Vertreterinnen und Vertreter des jeweils besten Projektes in ihrem EU-Mitgliedstaat werden zu einem viertägigen Aufenthalt nach Aachen eingeladen.

Wer kann sich bewerben?

Du wohnst in der EU, bist zwischen 16 und 30 Jahre alt und arbeitest an einem Projekt, das der europäischen Verständigung dient? Bewirb dich online mit deinem Projekt bis zum **2. Februar 2023 um 23:59 Uhr** um den jährlich verliehenen Europäischen Jugendkarlspreis: www.CharlemagneYouthPrize.eu

Bewerbungen sind in allen 24 EU-Sprachen möglich. Auf der Website werden auch die Regeln des Preises erklärt und die bisherigen Preisträgerinnen und Preisträger vorgestellt. 2022 gewann das Orchester ohne Grenzen @orqsf aus Portugal und Spanien. 2021 siegte das tschechische Projekt @fakescape_cz, das Jugendlichen hilft, Falschmeldungen zu erkennen.

Für Rückfragen steht Jonas Roleder gerne unter jonas.roleder@europarl.europa.eu und +49 30 2280 - 1081 zur Verfügung.

Wenn du zweifelst, ob du dich bewerben sollst, dann rufe einfach kurz an. Der größte Fehler wäre es, sich nicht zu bewerben!

Lesenswert

[agrarheute](#) **Artikelempfehlung: Biolandwirtschaft - beste Lösung oder doch nur Nische?**

Ein interessanter [Kommentar](#) zur Biolandwirtschaft, dessen Meinung ich teile. Die Stärken und Schwächen der Branche werden klug und differenziert beleuchtet.

Brüsseler Notizen zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ich lege Ihnen auch in diesem Jahr die monatlichen "[Brüsseler Notizen](#)" mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik ans Herz. Außerdem gibt es dieses Mal zusätzlich

eine [Sonderausgabe](#) zum Thema „45 Jahre EU-ASEAN-Beziehungen: Strategische Partnerschaft für Multilateralismus“.

Artikel Stiftung Wissenschaft & Politik von Dr. Marco Overhaus: Der neue US-Kongress und die europäische Sicherheit

Ich empfehle einen [Hintergrundartikel](#) zum Führungsstreit bei den US-Republikanern im Repräsentantenhaus und die Auswirkungen auf die NATO.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.